

- Abbau von Überstunden.

An Modellrechnungen wird dann noch gezeigt, wieviel Arbeitskräfte durch diese Maßnahmen zusätzlich eingestellt werden könnten. So wurde errechnet, daß die obigen Maßnahmen folgendes Mehr an Arbeitsplätzen bedeutet²):

- die allgemeine Einführung des 10. Schuljahres oder eines Berufsgrundbildungsjahres = 150.000 zusätzliche Arbeitsplätze
- die allgemeine Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze um ein Jahr = 100.000 zusätzliche Arbeitsplätze
- die Verlängerung des Urlaubs um einen Tag pro Jahr = 100.000 zusätzliche Arbeitsplätze
- die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit in der Gesamtwirtschaft um eine Stunde = 600.000 zusätzliche Arbeitsplätze,
- die Halbierung der Anzahl der gegenwärtig in der Industrie geleisteten Überstunden von zwei auf eine Stunde pro Woche = 140.000 zusätzliche Arbeitsplätze.

Addiert man diese Zahlen, so kommt man auf eine Summe, die die Millionengrenze überschreitet. Der Leser wird sich hier fragen, warum es dann in der Bundesrepublik immer noch etwa eine Million Arbeitslose gibt, und warum in anderen Ländern die Arbeitslosenzahlen der Bundesrepublik relativ und auch absolut sogar noch übertroffen werden. Einige — darunter viele Studenten — sehen darin ein Indiz dafür, daß dunkle Mächte (die „Kapitalisten“) die wirtschaftspolitische Szene beherrschen. Wer aber diese „Verschwörungstheorie der Gesellschaft“ als zu vordergründig ablehnt, wird nach anderen Erklärungen suchen.

Rückwirkungen auf die Nachfrage nach Arbeit

Der Ökonom wird wissen wollen, welche Kosten durch die genannten Maßnahmen entstehen, wer diese Kosten zu tragen hat und welche Auswirkungen davon tatsächlich auf die Nachfrage nach Arbeit und damit auf die Zahl der Arbeitsplätze ausgehen können. Damit stellt er aber die wichtige Prämisse dieses Rezepts, nämlich die Konstanz der Nachfrage nach Arbeit, in Frage.

Es kann nicht geleugnet werden, daß Maßnahmen wie die Verlängerung des Urlaubs, die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit und auch das Verbot von Überstunden mit zusätzlichen Kosten für den Nachfrager von Arbeit, den Arbeitgeber, verbunden sind. Die ökonomische Theorie prognostiziert für diesen Fall, daß dadurch die Nachfrage nach Arbeit tendenziell zurückgehen wird. Diese negativen Folgen für die Beschäftigung können selbstverständlich durch ausgleichende Maßnahmen des Staates kompensiert werden.

Doch wer trägt dann diese Kosten, wer trägt die Kosten der Verlängerung der Schulzeit, der Verkürzung des Arbeitslebens? Die „Gesellschaft“ (der „Staat“) ist ja auch nichts anderes als die Summe der steuerzahlenden Arbeitnehmer, Unternehmer, Konsumenten. Einen Dritten, dem alle diese Kosten aufgebürdet werden könnten, gibt es (leider) nicht. Dann sind aber auch die positiven Folgen dieser Maßnahmen für die Beschäftigung, die das Arbeitsangebot verkleinern sollen, gar nicht mehr so eindeutig, wie sie immer von den Befürwortern hingestellt werden.

Damit soll nicht gesagt werden, daß die eine oder andere Maßnahme aus diesem Katalog nicht in Erwägung gezogen werden sollte — alle diese Maßnahmen haben ja auch schließlich ihren Eigenwert — doch als kurzfristig wirksames Patentrezept gegen die Arbeitslosigkeit sind sie denkbar ungeeignet. Hinzu kommt, daß sie langfristig Daten setzen, die praktisch nicht mehr umzustoßen

² Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1976/77, Stuttgart-Mainz 1976, S. 134.

sind; auch dann nicht mehr, wenn die jetzigen pessimistischen Prognosen für den Arbeitsmarkt das Schicksal vieler Prognosen erleiden sollten, nämlich falsch zu sein³).

Fehlen eines einheitlichen Arbeitsmarktes

Neben der Kritik der Ökonomie an diesem Rezept, die den Kostengesichtspunkt und die Rückwirkungen auf die Nachfrage nach Arbeit in den Vordergrund stellt, tritt aber noch eine andere Art von kritischen Argumenten, die die — stillschweigend gemachte — Prämisse angreift, daß es einen einheitlichen Arbeitsmarkt gibt. Eine solche Abstraktion von den Verhältnissen in der Realität mag für manche — theoretische — Zwecke ausreichend sein, für die Lösung des praktischen Problems Arbeitslosigkeit ist sie nicht akzeptierbar.

In der Realität gibt es eine Fülle von Arbeitsmärkten, auf denen sehr unterschiedliche Arten von Arbeit angeboten und nachgefragt werden. So ist es durchaus „normal“, und diese Situation haben wir augenblicklich, daß trotz einer großen Zahl registrierter Arbeitsloser bestimmte Facharbeiter einfach nicht zu bekommen sind, und daß die Arbeitslosigkeit regional sehr unterschiedlich verteilt ist. Diese Ungleichgewichte auf den unterschiedlichen Arbeitsmärkten sind in erster Linie auf die unvollkommene Mobilität des Angebots an (aber auch der Nachfrage nach) Arbeit zurückzuführen.

Es ist bekannt, daß zum Beispiel die Ostfriesen höchst ungern ihre Region verlassen, obwohl hier die Arbeitslosigkeit besonders hoch ist. Außerdem gibt es Modeberufe, in denen das Angebot an Arbeit die Nachfrage weit übertrifft; diesen stehen andere Berufe gegenüber, deren Attraktivität in den Augen der Arbeitnehmer sehr gering ist und die damit freie Arbeitsplätze aufweisen. Eine global-gesamtwirtschaftliche Verringerung des Angebots an Arbeit durch die oben genannten Maßnahmen kann diese Probleme nicht lösen. Hier sind Mobilitätshilfen, Senkung der Informationskosten und ganz allgemein der Abbau von althergebrachten „Vorurteilen“ im positiven wie im negativen Sinne gegenüber bestimmten Berufen und Regionen auf seiten der Arbeitnehmer, aber auch gegenüber bestimmten Arbeitnehmergruppen auf seiten der Arbeitgeber die ursachenadäquaten Maßnahmen gegen diese Art, von Arbeitslosigkeit.

Forderung nach zurückhaltender Lohnpolitik

Sind die Vertreter des gerade besprochenen Rezepts besonders unter Nicht-Ökonomen und Politikern zu finden, so sprechen sich für das Rezept, das jetzt analysiert werden soll, vor allem Unternehmer und ihre Verbände, aber auch Vertreter der ökonomischen Wissenschaft aus, die auch heute (neo-)klassische Lehren vertreten⁴). Auf einen kurzen Nenner gebracht lautet dieses Rezept: Sorgt dafür, daß die Löhne und sonstige mit dem Einsatz von Arbeit verbundenen Kosten nicht zu hoch sind. Es wird eine „zurückhaltende“ Lohnpolitik von den Gewerkschaften gefordert.

Die theoretische Basis für dieses Rezept liefert die „klassische“ Mikroökonomie. Jeder Wirtschaftstudent lernt in den Anfangssemestern, daß — ceteris paribus die nachgefragte Menge eines Gutes (q) abhängig ist von dem Preis dieses Gutes (p). Mathematisch ausgedrückt: $q = f(p)$, wobei q um so höher (niedriger) ist, je niedriger (höher) p ist.

Das bekannte Preis-Mengen-Diagramm (Bild 1) zeigt die Konsequenzen dieser wichtigen Hypothese der Mikroökonomie für unser Problem ganz deutlich. Sinkt zum Beispiel der Preis für eine bestimmte Arbeitsart von p_1 noch p_2 , so steigt die nachgefragte Menge von q_1 nach q_2 und damit auch

³ Vgl. zur allgemeinen Problematik von Prognosen D i g n a s , K.-H., Sinn und Unsinn von Prognosen, in: Sparkasse, Heft 11/1976, S. 410 ff.

⁴ Vgl. den Aufsatz von R. S o l t w e d e l „Konjunkturelle oder strukturelle Arbeitslosigkeit — ungelöstes Zurechnungsproblem“, in: WSI-Mitteilungen, Heft 5/1977, S. 302 ff.

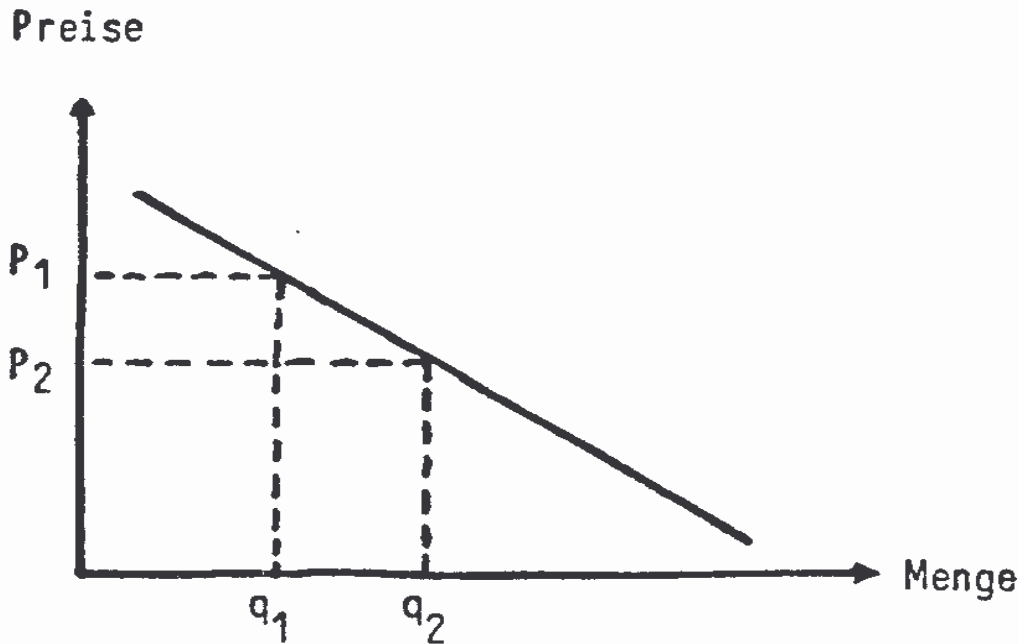


Bild 1: Preis-Mengen-Diagramm

die Beschäftigung für die Anbieter dieser Arbeitsart. Es ist offenkundig, daß der Beschäftigungseffekt, der durch eine Preisänderung hervorgerufen wird, von der Preiselastizität der Nachfrage abhängt: Je elastischer (unelastischer) die Nachfrage, desto größer (kleiner) der Beschäftigungseffekt. Diese Preiselastizität der Nachfrage nach dem Produktionsfaktor Arbeit ist wiederum um so größer,

- je größer der Kostenanteil des Faktors am Endprodukt,
- je elastischer die Nachfrage nach dem produzierten Gut auf dem Arbeitsmarkt der Unternehmen,
- je leichter die Faktorsubstitution möglich und
- je elastischer das Angebot gleichartiger Produktionsfaktoren ist⁵).

Die Theorie prognostiziert also, daß eine Lohnsatzsenkung (einschl. Lohnnebenkosten) besonders große Beschäftigungseffekte haben würde in Unternehmen, Branchen und Industriezweigen, die

- relativ arbeitsintensiv produzieren,
- auf ihren Absatzmärkten in starker Konkurrenz zu anderen Anbietern stehen,
- relativ leicht Arbeit durch Kapital substituieren können und
- auf genügend gleichwertige Arbeitskräfte zurückgreifen können.

Diskrepanz zwischen Nutzen und Kosten

Diese Theorie erklärt auch, warum gegenwärtig die Arbeitslosigkeit besonders stark unter Lehrlingen, Berufsanfängern, den in „Leichtlohnklassen“ Eingestuften (vor allem Frauen) und ganz generell bei den weniger Qualifizierten verbreitet ist. Die Politik der Gewerkschaften und gutgemeinte staatliche Maßnahmen waren in den vergangenen Jahren gezielt darauf ausgerichtet, die Einkommen (einschl. der Naturaleinkommen in Form verstärkter sozialer Absicherung) dieser Problemgruppen überproportional ansteigen zu lassen. In der Öffentlichkeit bekannt ist vor allem die Forderung der Gewerkschaften nach einheitlichen Sockelbeträgen für alle Arbeitnehmer.

⁵ Vgl. W o l l , A., Allgemeine Volkswirtschaftslehre, München 1974, S. 177.

Diese sozial sicherlich lobenswerten Maßnahmen haben aber dazu geführt, daß eine Diskrepanz entstanden ist zwischen den Kosten, die diese angesprochenen Arbeitnehmergruppen den Unternehmen verursachen, und dem Nutzen, den sie für die Unternehmen erbringen. Die Folge war und ist ein Rückgang der Nachfrage nach den Leistungen dieser Gruppen, eine hohe Arbeitslosenquote bei ihnen und ein verstärktes Risiko für die (noch) Beschäftigten, arbeitslos zu werden. Besonders hart hat es dabei die Schulentlassenen getroffen.

So schreibt Walter *Hamm* in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 28. Februar 1977: „Es ist kein Zufall, daß die Zahl der den Arbeitsämtern gemeldeten Ausbildungsplätze von 1970 bis 1974 fast um die Hälfte zurückgegangen ist. Neben sprunghaft die Kosten erhöhenden staatlichen Anforderungen an die Ausbilder und die ausbildenden Betriebe sind die Ausbildungsvergütungen beträchtlich heraufgesetzt worden. Gegen die Lehrbetriebe richtete sich eine massive Kampagne mit dem Vorwurf, Ausbeutung rangiere vor Ausbildung. Viele Betriebe haben es unter diesen Umständen vorgezogen, sich ganz oder zum Teil aus der undankbaren Aufgabe der Ausbildung von Berufsanfängern zurückzuziehen.“

Diesen Ausführungen kann jemand entgegenhalten, daß die Analyse der Nachfrage nach Arbeit nicht ausreicht, da Arbeitslosigkeit ja gekennzeichnet ist als ein Zustand, in dem die Nachfrage nach Arbeit geringer ist als das Angebot. Diesem Einwand können wir entgegenkommen und das Angebot an Arbeit in die Analyse einbeziehen.

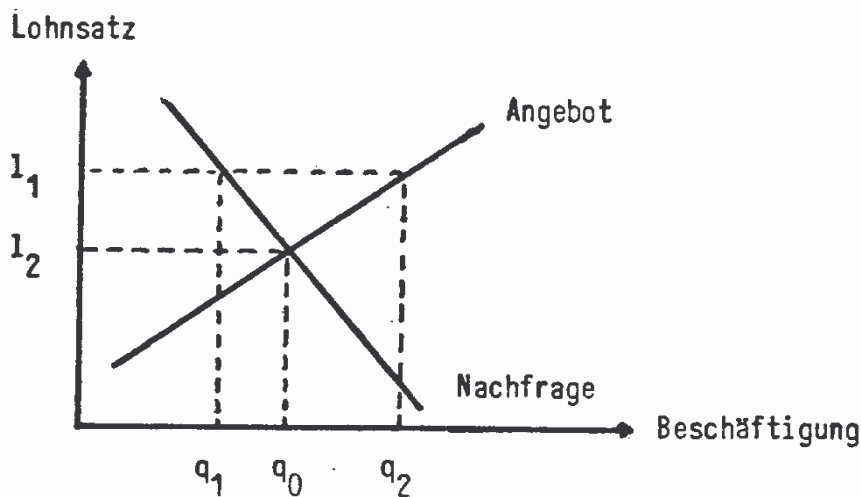


Bild 2: Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage

Bild 2 zeigt eine solche Situation, in der, bei einem Lohnsatz I_1 ein Angebotsüberschuß, und damit Arbeitslosigkeit, in der Größenordnung q_1 bis q_2 herrscht, während bei einem Lohnsatz I_0 Angebot und Nachfrage nach Arbeit im Gleichgewicht wären, was Vollbeschäftigung auf diesem Markt bedeutet.

Die naheliegende Frage lautet nun, warum nicht auf diesem Markt — wie in der Mikroökonomie doch als „normal“ angenommen — das Oberangebot an Arbeit solange auf den Lohn drückt, bis sich Angebot und Nachfrage wieder im Gleichgewicht befinden. Oder anders ausgedrückt: Wie ist diese „Starrheit“ der Löhne zu erklären?

Mindestlohnarbeitslosigkeit

Erklärt wird dieses Phänomen im Rahmen der „klassischen“ Mikroökonomie einmal dadurch, daß offensichtlich auf diesem Markt kein Wettbewerb herrscht, daß die Monopole auf dem Arbeits-

markt, die Gewerkschaften, die Löhne „künstlich“ hochhalten und damit die Vollbeschäftigung gefährden. Als Maßnahmen zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung bieten sich, dann Anti-Monopolmaßnahmen des Staates oder, wenn man die Monopolmacht der Gewerkschaften nicht beschneiden will, Maßhalteappelle, „Seelenmassage“ an die Adresse der Gewerkschaften an.

Die zweite Ursache für den Angebotsüberschuß am Arbeitsmarkt wird — wie oben schon erwähnt — in den sozialpolitischen Aktionen des Staates gesehen, die, gutgemeint, eine „Mindestlohnarbeitslosigkeit“ hervorrufen. Die logische Konsequenz wäre natürlich hier, den Abbau solcher Mindestlohngesetze zu fordern, was selbstverständlich sofort als „soziale Demontage“ gebrandmarkt würde.

Eine andere Erklärung für die „Starrheit“ der Löhne gibt die „neue“ Mikroökonomie⁶), die die „klassische“ Lehre vor allem deswegen kritisiert, weil danach alle Marktteilnehmer mit vollständiger Information über alle entscheidungsrelevanten Daten ausgestattet sind. Diese neue mikroökonomische Theorie geht davon aus, daß es für einen Arbeitslosen kurzfristig keinen zwingenden Grund dafür gibt, seine Annahme aufzugeben, der Markt gebe den gewohnten Lohnsatz gar nicht mehr her. Er wird deshalb zunächst einmal auf ein ungünstiges Angebot nicht eingehen, schon gar nicht, wenn die Höhe des Arbeitslosengeldes und der Arbeitslosenhilfe an den Arbeitslohn nahe heranreichen. Diese Art von Arbeitslosigkeit ist aber für eine wachsende Wirtschaft mit laufenden Änderungen der Angebots- und Nachfragestruktur durchaus normal. Als Maßnahmen zur schnelleren Überwindung sind hier — wie oben in einem anderen Zusammenhang schon erwähnt — Mobilitätshilfen und sonstige staatliche Maßnahmen zur Senkung der Informationskosten für die Anbieter und Nachfrager von Arbeit angebracht.

Schwächen der partiellen Gleichgewichtsanalyse

Das bis jetzt analysierte Rezept „Nieder mit den Löhnen und sonstigen Lohnnebenkosten“, das in der alten und neuen Mikroökonomie eine durchaus akzeptable theoretische Basis aufweist, hat allerdings eine große Schwäche, die seine Problemlösungskraft für das Problem Arbeitslosigkeit relativiert. Diese Schwäche liegt ganz allgemein in dem methodischen Vorgehen der Mikroökonomie begründet. Diese Theorie beschäftigt sich nämlich grundsätzlich nur mit Einzelmärkten, was noch besser durch den Ausdruck „Partielle Gleichgewichtsanalyse“ zum Ausdruck kommt. Alle Analysen des partiellen Gleichgewichts basieren aber auf der ceteris-paribus-Annahme. Konkret gesprochen bedeutet das, daß — betrachtet man einen bestimmten Markt — die Auswirkungen dieses Marktes auf die übrige Wirtschaft als sehr gering angesehen werden und, was noch wichtiger ist, feedbacks, d.h. Rückwirkungen von der übrigen Wirtschaft auf den analysierten Markt für vernachlässigbar gehalten und damit ignoriert werden können⁷).

Denen, die von auch nach unten flexiblen Löhnen das Allheilmittel gegen die Arbeitslosigkeit sehen, kann man deshalb entgegenhalten, daß ihre Argumentation zunächst einmal nur für ein Unternehmen, für eine Branche, für einen ganz bestimmten begrenzten Arbeitsmarkt, für einen Teilbereich der Wirtschaft Geltung beansprucht.

Gelten die Schlußfolgerungen dieser Theorie aber auch gesamtwirtschaftlich? Kann man damit rechnen, daß eine allgemeine Lohnsenkung die Arbeitslosigkeit beseitigt? Hier setzt die Kritik von Keynes an. Wie könnte, so fragt er sich, eine allgemeine Herabsetzung der Löhne wieder zu Vollbeschäftigung führen? Seine Antwort, als Keynes-Effekt in die Literatur eingegangen, lautet folgendermaßen: Wenn das nominelle Niveau der Löhne und daran anschließend auch die übrigen Preise sinkt, so stellen die Wirtschaftssubjekte fest, „das sie mehr Kasse halten, als sie aufgrund ihres

⁶ Vgl. P h e l p s , E. S. u.a., *Microeconomic Foundations of Employment and, Inflation Theory*, New York 1970.

⁷ Vgl. L i p s e y , R. G., *Einführung in die Positive Ökonomie*, Köln. 1971, S. 493 ff.

Transaktionsbedarfs, des Marktzinses und ihrer Vorstellungen über den Normalzins gerechtfertigt erscheint. Sie versuchen, ihre Portefeuilles zugunsten von Wertpapieren umzuschichten, was zu höheren Wertpapierkursen und niedrigerem Marktzins führt; und das mag ein Anreiz für die Investoren sein, mehr Investitionsgüter nachzufragen und damit auch mehr Einkommen, Konsum und Beschäftigung zu induzieren⁸). Keynes bzw. die Keynesianer sind sehr skeptisch gegenüber dieser theoretischen Möglichkeit. Die berühmte „Liquiditätsfalle“ und eine zinsunelastische Investitionsnachfrage können diese skizzierten Auswirkungen einer Senkung des Lohnniveaus auf den Beschäftigungsgrad einer Volkswirtschaft verhindern. „Starre (Löhne und) Preise wären in einem solchen Fall nicht „schuld“ an Andauern eines Unterbeschäftigungszustandes; sie würden nur verhindern, daß der Zustand eine schmerzliche, nutz- und endlose Preisdeflation auslöst“⁹).

Ergänzung bzw. Ersetzung der privaten Nachfrage

Keynes eigene Erklärung für die Arbeitslosigkeit lautet demgegenüber: Die Arbeitslosigkeit ist die Folge einer unzureichenden (privaten) Güternachfrage und nicht die Wirkung eines zu hohen Lohnniveaus. Seine Therapie liegt logischerweise darin, die ungenügende private Nachfrage durch Ausgaben der öffentlichen Hand zu ergänzen bzw. zu ersetzen. Damit liegt das dritte Rezept gegen die Arbeitslosigkeit, das näher analysiert werden soll, auf dem Tisch. Vertreter dieses Rezeptes sind bei den Gewerkschaften, bei marxistischen und sozialistischen Politikern und bei Wissenschaftlern zu finden, die der von den Monetaristen aufgewärmten klassischen These von den Selbstheilungskräften der Wirtschaft mit einigem Mißtrauen gegenüberstehen.

Es gibt die folgenden Eingriffsmöglichkeiten für den Staat: Um eine genügend große volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage zu gewährleisten, kann er versuchen, auf die Komponenten dieser Nachfrage, nämlich auf die private Nachfrage nach im Inland erzeugten Konsumgütern, die unternehmerische Nachfrage nach im Inland erzeugten Investitionsgütern, die Nachfrage des Auslands nach inländischen Gütern und die Nachfrage des Staates nach inländischen Gütern bzw. auf ihre „Gegenposten“ privates Sparen, Einnahmen des Staates und Käufe von Inländern im Ausland (Importe) Einfluß zu nehmen.

Hierzu steht theoretisch¹⁰) und praktisch — in Gestalt des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes — ein überreichliches Arsenal von Instrumenten zur Verfügung. Doch auch hier stellt sich — wie schon oben bei dem ersten Rezept — die Frage, warum es dann so viele Arbeitslose auf der Welt gibt. Die Antwort — zunächst einmal ganz pauschal — lautet: Entweder ist die Theorie falsch, oder all die „schönen“ Maßnahmen lassen sich politisch nicht durchsetzen.

Probleme einer keynesianischen Ankurbelungspolitik

Hatte Keynes noch die Annahme gemacht, daß das Preisniveau exogen bestimmt ist und somit eine Erhöhung der Gesamtnachfrage nur auf Produktion und Beschäftigung Auswirkungen hat, so steht heute jede globale Ankurbelungspolitik vor der Frage, ob nur die gewünschten Mengeneffekte und/oder auch die unerwünschten Preiseffekte auftreten. Der Wirtschaftspolitiker sieht sich also heute dem Problem Arbeitslosigkeit in Verbindung mit Inflation gegenüber.

Ein anderes Argument greift die Kritik auf, die schon oben gegen eine globale Verknappung des Arbeitsangebots angebracht war. Auch eine globale Nachfragerhöhung bekommt das Strukturproblem nicht in den Griff. Sie kann die notwendigen strukturellen Verschiebungen auf den einzelnen

⁸ B o m b a c h , G. u. a. (Hrsg.), Der Keynesianismus I, Heidelberg-New York 1976, S. 154.

⁹ B o m b a c h , a. a. O., S. 156 f.

¹⁰ Vgl. N e i f h a u s e r , G., Konjunktur- und Beschäftigungspolitik, in: Dürr, E.; Neuhauser, G., Währungspolitik — Konjunktur- und Beschäftigungspolitik, Stuttgart 1975, S. 93 ff.

Güter- und Arbeitsmärkten infolge des Wirtschaftswachstums nur Überdecken und verhindert sogar in vielen Fällen eine schnelle Anpassung von Angebot und Nachfrage. Außerdem hat sich immer mehr gezeigt, daß Konflikte auftreten zwischen den konjunkturpolitischen und beschäftigungspolitischen Erfordernissen einerseits und der langfristigen Konsolidierungsnotwendigkeit der Staatsfinanzen andererseits. „Radikale“ Überlegungen gehen ja heute dahin, den Staatsanteil wieder abzubauen.

Dazu treten verstärkt Konflikte auf zwischen den beschäftigungspolitischen Zielsetzungen und den verteilungspolitischen Interessen der sozialen Gruppen. So werden von den Gewerkschaften im Hinblick auf das Ziel Vollbeschäftigung durchaus erfolgversprechende Maßnahmen wie Investitionsanreize mit dem Hinweis abgelehnt, daß dies eine Umverteilung zugunsten der Unternehmer bedeute.

Schließlich entscheiden sich in einer Demokratie die Politiker im Konflikt zwischen der ökonomischen Rationalität und der politischen Opportunität in den meisten Fällen für die letztere. Auch das ist nicht gerade ein Garant für eine erfolgreiche Vollbeschäftigungspolitik.

Schaut man noch einmal zurück auf die hier analysierten Rezepte „Globale Verknappung des Arbeitsangebots“, „Zurückhaltung bei den Löhnen“, „Erhöhung der Gesamtnachfrage“, die selbstverständlich in der wirtschaftspolitischen Öffentlichkeit in unterschiedlichen Kombinationen gehandelt werden, so muß man zu dem Schluß kommen, daß es das Patentrezept gegen die Arbeitslosigkeit nicht gibt. Die Theorien der ökonomischen Wissenschaft sind und bleiben auch in Zukunft „nur“ Hypothesen, die mehr oder weniger gut getestet, mehr oder weniger wahr sind. Somit bleibt auch dem Wirtschaftspolitiker nichts anderes übrig, als die Methode des „trial and error“ auch auf das Problem „Arbeitslosigkeit“ anzuwenden.

